

Andreas Wirsching

Auf dem Prüfstand:
Die Eurokrise in globaler, europäischer
und deutscher Perspektive

Wer gegen Ende des Jahres 2012 glaubte, Europa komme allmählich zur Ruhe, hat sich getäuscht. In der ersten Hälfte des Jahres 2013 sieht es fast düsterer aus denn je. Griechenland kommt nicht auf die Beine. Italien leidet nach den Parlamentswahlen vom 24./25. Februar 2013 unter einer prolongierten Regierungskrise, und allein die vage Aussicht auf eine Rückkehr Silvio Berlusconis in ein Ministeramt lässt italienische Staatsanleihen steigen, den Kurs des Euro aber sinken. Die französische sozialistische Regierung unter Präsident François Hollande kämpft vergeblich gegen die Rezession und verliert überdies ihren Finanzminister aufgrund eines veritablen Skandals, gestrickt aus Schwarzgeld und Lüge. Spanien steht vor dem wirtschaftlichen Kollaps und verzeichnet neben seinen Staatsschulden Rekordziffern der Jugendarbeitslosigkeit. In Zypern sind Banken und Staatsfinanzen nur zu retten durch die Teilenteignung wohlhabender Sparer, womit ein lange Zeit gehaltenes Tabu gebrochen wird. Die Länderliste ließe sich fortsetzen. Sie ist eingebettet in einen offenkundig unaufhaltsamen wirtschaftlichen Abschwung, hohe Arbeitslosigkeit und ein Wiederaufflackern nationaler Stereotypen in der Euro-Zone. Kein Wunder jedenfalls, dass ganz Europa von einer Welle der Europafeindschaft erfasst wird, vorneweg natürlich Großbritannien, wo Premierminister David Cameron die populäre «Los-von-Europa»-Stimmung mit dem riskanten Versprechen eines neuen Referendums über die britische EU-Mitgliedschaft einzudämmen sucht.

Offenkundig prekäre Krisensituationen haben einen Vorteil: Sie regen zum Innehalten, zur Neuerwägung und zum Nachdenken an. Insofern kann es nicht schaden, die gegenwärtige Krise aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten und sie damit vielleicht auch schon ein Stück weit zu historisieren.

1. Die Euro-Krise in globaler Perspektive

Zwar lässt sich nicht leugnen, dass die Malaise um den Euro die bislang wohl tiefste Krise in der Geschichte der europäischen Integration darstellt. Gleichwohl wäre es inadäquat, sie eindimensional, allein als europäisches Phänomen zu be-

trachten. Ein solches Vorgehen, wie es allzu häufig im Getöse der Tagespolitik anzutreffen ist, verriete eine allzu starke Selbstbezogenheit der Europäer. Ja, man kann sich fragen, ob nicht die analytische Fixierung auf die europäische Krise traditionelle Formen des Eurozentrismus in neuen – wenngleich wenig kleidsamen – Gewändern fortsetzt.

Zwei Gründe vor allem sprechen dafür, die gegenwärtige Euro-Krise nicht als isoliertes europäisches Phänomen zu betrachten, sondern sie in einen globalen Kontext zu stellen. *Erstens* ist das Kernproblem, die galoppierenden Staatsschulden, beileibe nicht auf Europa begrenzt. Im Gegenteil, verglichen mit anderen wirtschaftlichen Großregionen aus dem OECD-Bereich ist das europäische Schuldenproblem gar nicht einmal besonders spektakulär. Das gilt für Japan ebenso wie für die USA. In Japan versuchen Regierung und Zentralbank schon seit den 1990er Jahren, der von Deflation und Stagnation getriebenen Abwärtsspirale durch eine Politik des billigen Geldes Paroli zu bieten. Warnungen vor einer möglichen schuldengetriebenen Inflationsspirale wurden ignoriert. Wiederholt wurde der Leitzins gesenkt, bis er gegen Null tendierte, und wiederholt kaufte die Notenbank Staatsanleihen an. Die Folge ist eine Rekordverschuldung. Sie hielt aber die Japaner nicht davon ab, Anfang 2013, angesichts unübersehbarer Rezessionsgefahren, mittels milliardenschwerer Konjunkturprogramme und dem Anwerfen der Druckerpresse erneut eine expansive Geldpolitik zu verfolgen.¹

Auch die USA wandten ebenfalls schon in den 1990er und 2000er Jahren ähnliche Rezepte an. Vor allem unter ihrem legendären Vorsitzenden Alan Greenspan, der von 1987 bis 2006 amtierte, betrieb die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) eine zunehmend expansive Geldpolitik. Den Anlass hierzu gaben meist aktuelle Krisen, vor denen monetaristische Grundüberzeugungen zu weichen hatten. Schon der ersten großen Herausforderung seiner Amtszeit, dem Börsenkrach vom 19. Oktober 1987 («Schwarzer Montag»), begegnete Greenspan mit der Versicherung, die Fed werde als «Quelle der Liquidität» das Finanzsystem nachhaltig stützen.² Zehn Jahre später bekämpfte Greenspan die schwere Finanzkrise in Asien, indem er ebenfalls Dollars in die Märkte pumpen ließ; und nach dem 11. September 2001 senkte die Fed langsam aber stetig den Leitzins, bis er im Jahre 2004 das historische Tief von einem Prozent erreichte. Diese historisch neuartige, politisch bequeme, auf die Dauer aber höchst riskante Mischung aus neo-liberalen Konzepten und stark expansiver Geldpolitik bewirkte in den USA während der 1990er und 2000er Jahre ein langanhaltendes Wirtschaftswachstum. In seinen besten Jahren wurde dieses Konzept als vorbildlich darge-

1 Vgl. «Die geldpolitische Magie der japanischen Regierung», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung [FAZ]* (19.1.2013) und «Bundesregierung warnt Japan vor Missbrauch der Geldpolitik», in: *FAZ* (5.4.2013).

2 Zit. n. J. Tamny, «In 2008, Shades Of October 1987», in: *Forbes* (7.02.2008), http://www.forbes.com/2008/07/01/fed-bernanke-greenspanoped-cx_jt_0702dollar.html (Letzter Zugriff 5.4.2013).

stellt, im Kern beruhte es jedoch auf einer unsoliden Basis. Die finanzmarktgetriebenen Einkommen und Vermögen entkoppelten sich zunehmend von der Realwirtschaft, und der amerikanische Konsum finanzierte sich immer stärker aus Krediten und stand damit auf tönernen Füßen.

Sowohl Japan wie die USA kämpfen gegenwärtig mit den Folgen ihrer Fiskalpolitik und werden dies auch künftig tun müssen. Im vorliegenden Zusammenhang interessiert lediglich der Vergleich mit dem europäischen Schuldenproblem, und dieses relativiert sich deutlich beim Blick auf die Zahlen.

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
USA	66,5	75,4	88,8	97,8	102,2	109,8	113,0	114,1
Japan	162,4	171,1	188,7	192,7	205,3	214,3	224,3	230,0
Euro-Zone	71,9	77,1	87,8	93,1	95,2	100,6	102,5	103,4
OECD	74,2	80,7	92,2	98,7	102,9	108,7	111,4	112,5

Bruttostaatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandprodukts 2007–2014³

Damit kein Missverständnis entsteht: Diese Zahlen werden hier nicht aufgeführt, um die europäische Schuldenkrise durch den Blick auf die anderen zu verharmlosen. Aber sie evozieren den *zweiten* Grund, warum man die Krise nicht als isoliertes europäisches Phänomen betrachten, sondern sie in einen globalen Kontext stellen sollte. Denn die europäische Krise ist Teil einer viel größeren Entwicklung historischen Ausmaßes, derer wir gegenwärtig Zeuge werden: Es handelt sich um die geradezu tektonische Verschiebung der globalen Finanzmacht, deren Bewegungsrichtung von den alten Industriestaaten weg und hin zu den neuen Industrie- und Finanzmächten im asiatischen Raum verläuft. Zwar ist noch keineswegs ausgemacht, wo am Ende die größere Macht liegt, beim Gläubiger oder beim Schuldner; aber unverkennbar ist doch, dass die alten Industriestaaten ein gewaltiges Staatsschuldenproblem haben, während China und einige arabische öllexportierende Länder gewaltige Schätze in Form von Staatsfonds akkumulieren. Diese Staatsfonds sind auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten in der westlichen Welt und haben sie auch schon teilweise gefunden. Schon im Gefolge der amerikanischen Subprime-Krise von 2007/08 kauften sich Staatsfonds aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Singapur und Kuwait mit insgesamt 18 Milli-

³ Quelle: OECD, Economic Outlook, Nr. 92 Key Tables, http://www.oecd-ilibrary.org/economics/government-debt-2012-2_gov-debt-table-2012-

2-en (Letzter Zugriff 5.4.2013). Für 2013 und 2014 handelt es sich um Schätzungen.

arden US-Dollar bei der in Schwierigkeiten geratenen Citigroup ein. Und auch andere Banken profitierten von dem Engagement der ausländischen Fondsmanager.⁴ In Europa stiegen die ausländischen Staatsfonds, an der Spitze Abu Dhabi Investment Authority (ADIA) und die China Investment Company (CIC) bevorzugt in Industrieunternehmen ein. Bekannt wurde der Einkauf (und Wiederausstieg) von ADIA bei Daimler und die daraufhin beginnenden Verhandlungen Daimlers mit der CIC und deren Einstieg mit drei Prozent.⁵ Aber dies sind nur die bekanntesten, weil am stärksten medialisierten Aktivitäten der ausländischen Fonds und im Grunde nur die Spitze des Eisbergs ihrer Investitionstätigkeit. Welche langfristige Folgen dies hat, lässt sich noch nicht absehen, unleugbar aber spiegelt sich hierin die Verschiebung globaler Finanzmacht wider.

2. Die Euro-Krise in europäischer Perspektive

Nun ließe sich freilich einwenden, Europa bzw. die Euro-Zone seien eben nicht vergleichbar mit den USA oder mit Japan, da es sich bei ihnen um keinen nationalstaatlich organisierten Raum mit zentralen finanzpolitischen Instrumenten und Durchsetzungspotenzialen handle. Droht nicht die Schuldenkrise unter diesen Bedingungen zu einer tiefgreifenden innereuropäischen Vertrauenskrise auszuwachsen, die den europäischen Zusammenhalt insgesamt gefährdet? «Statt Europa zusammenzuführen, spaltet der Euro den Kontinent», so lautet die entsprechend pessimistische Diagnose: «Geschichte [ist] kein linearer Prozess. Europa kann wieder zerfallen, so wie es geeint wurde.»⁶ Betrachtet man die Problematik aus einer rein binneneuropäischen Logik, so ist solchen Diagnosen nur schwer etwas entgegenzuhalten. Verknüpft man sie aber mit den genannten globalen Perspektiven, dann stellt sich umso nachdrücklicher die Frage, ob heute nicht mehr denn je die Definition gesamteuropäischer Interessen auf der historischen Tagesordnung steht. Im Schatten der Euro-Krise betreffen solche gemeinsamen Interessen gegenwärtig in erster Linie die Finanzpolitik. Gerade auch der Vergleich mit den außereuropäischen Schuldenzonen sollte dazu ermutigen, eine genuin europäische Finanzpolitik voranzutreiben. Und es ist längst nicht ausgemacht, ob nicht die in der jüngsten Vergangenheit getroffenen Entscheidungen zur Stabilisierung des Euro am Ende durchaus positive Effekte bewirken. Die Einrichtung des ESM-Rettungsfonds, die Finanzhilfen für Griechenland, Irland und Portugal, die Anleiheaufkäufe durch die Europäische Zentralbank: Dies alles sind finanzpolitische Instrumente, die durchaus im Mainstream der

4 S. Bleser, *Die Subprimekrise und ihre Folgen. Ursachen und Auswirkungen der 2007 ausgelösten Finanzmarktkrise*, Hamburg 2009, 40.

5 «Zweikampf um deutsche Firmen», in: *Handelsblatt* (27.12.2011); «Chinesischer Staatsfonds greift nach Daimler», in: *Süddeutsche Zeitung*

(7.1.2013); «Chinesischer Staatsfonds CIC bei Daimler eingestiegen», in: *Wirtschaftswoche* (1.2.2013).

6 M. Schieritz, «Rebellion gegen den Euro», in: *Die Zeit* (20.4.2011).

globalen Entwicklungen liegen. Die Geschichte der letzten drei Jahre lässt jedenfalls vermuten, dass diese Anstrengungen möglicherweise ein gleichsam paradoxes Resultat bewirken: Statt unbegrenzter Haftung und Inflation schaffen sie Vertrauen und finanzielle Beruhigung, führen zu einer engeren finanzpolitischen Kooperation und stärken letztlich den Euro. Von einem solcherart politisch beruhigten Europa, das zeigt der Verlauf des letzten Jahres, wendet sich dann auch die spekulationsorientierte Aufmerksamkeit der Finanzmärkte schnell wieder ab und sucht sich neue Ziele.

Auch wenn man solcher Argumentation eher grundsätzlich misstrauen möchte, so wird man der gegenwärtigen Krise Europas doch zumindest *einen* positiven Aspekt abgewinnen können: Sie macht vorerst Schluss mit allzu wohlfeilen teleologischen Versuchungen. Das Fortschrittsnarrativ, das die Europäische Integration als reine Erfolgsgeschichte von den Ruinen des Zweiten Weltkrieges bis zu Binnenmarkt und Währungsunion erzählt, verliert gegenwärtig große Teile seiner Suggestionskraft. Mit einer eher flachen europäischen Fortschrittsgeschichte, teleologisch reduziert und ihrer Komplexität entkleidet, ist ohnehin niemandem gedient. Allerdings sind auch die jüngst überall hörbaren Kassandrarufer unangebracht. Insbesondere ist die Fundamentalkritik an den europäischen Zuständen, wie sie regelmäßig in bestimmten Sachbüchern, Teilen der Presse und in den Blogs erhoben wird, höchst problematisch. Denn sie schürt anti-europäische Ressentiments, die ihrerseits nicht mehr anzubieten haben als den Rückfall in nationale Partikularpositionen. Ein Urteil, das die europäische Realität an einem gewünschten Fortschritt und idealen Zustand misst und sie dann als unbefriedigend verwirft, argumentiert latent normativ und verfehlt damit wesentliche Aspekte der europäischen Geschichte. Jede analytische Betrachtung der europäischen Geschichte muss dagegen die historische Gleichzeitigkeit und das wechselseitige Aufeinanderbezogenensein zwischen zukunftsgerichteter Vorstellung und Krise Europas berücksichtigen. Beides gehört untrennbar zusammen. In der Vergangenheit wurde nahezu jede Krise mit einem weiteren, wenngleich stets mühsamen Integrationsschritt beantwortet.

So war der mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 beschrittene Weg zum Binnenmarkt die europäische Antwort auf die Wirtschaftskrise der späten 1970er Jahre; der Herausforderung der Globalisierung suchte die EU mit der Lissabon-Strategie zu begegnen, das heißt durch die Hebung des Bildungsniveaus ihrer Bürger im Zeitalter der «Wissengesellschaft» und mittels der Durchsetzung einheitlicher Bildungsstandards. Das weitgehende Versagen Europas im Jugoslawienkonflikt hatte eine zwar limitierte, aber spürbare Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zur Folge. Mit der Osterweiterung begegneten die EU-Mitgliedstaaten der Gefahr einer neuen Spaltung Europas aufgrund des ökonomischen Ungleichgewichts. Der Zwang schließlich, die Union angesichts einer Verdoppelung ihrer Mitglieder funktionsfähig zu halten, lag an der

Wurzel des europäischen Verfassungsprojekts und der Verträge von Amsterdam und Lissabon. Stets also bargen die europäischen Krisen den Antrieb für einen neuen Anlauf für die Integration und zunehmende Konvergenz Europas. Zwar würde wohl niemand leugnen, dass die Folgen dieses Mechanismus ambivalent sind. Indes läge es in seiner Logik, wenn die in der Finanzkrise freigesetzten zentrifugalen Tendenzen doch wieder in einer integrationspolitischen Synthese aufgehoben würden. Denn sich einen künftig verbesserten Zustand Europas vorzustellen impliziert notwendig den Willen, die Krise durch den erhöhten Einsatz europäischer Mittel – eben durch «mehr Europa» – zu bewältigen. Diesem systemischen Zusammenhang kann sich kein europäischer Politiker (und keine Politikerin) entziehen. Er bestimmt die politische Sprache und das, was auf europäischer Ebene «sagbar» ist. Ein weiterer «Fortschritt» der europäischen Integration im Sinne einer stärkeren Vergemeinschaftung der europäischen Steuer- und Wirtschaftspolitiken kann also nicht nur nicht ausgeschlossen werden, sondern er ist sogar durchaus wahrscheinlich.⁷

3. Die Euro-Krise in deutscher Perspektive

Obwohl Deutschland bislang erstaunlich gut durch die Euro-Krise hindurch gekommen ist und teilweise aufgrund seiner starken finanzpolitischen Position sogar von ihr profitiert hat, ist die Situation aus Berliner Sicht aus zwei Gründen besonders schwierig. *Zum einen* scheinen die gegenwärtigen Turbulenzen die Skepsis zu bestätigen, die unter bundesdeutschen Ökonomen während der 1980er Jahre gegen eine zu rasche europäische Währungsunion bestand. Mehrheitlich forderten sie damals zuerst eine nachhaltige Konvergenz der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik in den einzelnen EG-Mitgliedstaaten, bevor, gleichsam als «Krönung» dieses Prozesses, an eine gemeinsame Währung zu denken sei. Aber ähnlich wie bei der deutsch-deutschen Währungsunion des Jahres 1990 mussten die ökonomischen Argumente den politischen Prioritäten weichen. Schon die Entstehungsgeschichte der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion folgte also primär politischen Vorgaben, die sich dann auch bald mit der Geschichte der Wiedervereinigung verflocht. Am Ende stand der Kompromiss, den der Delors-Plan schon vorgegeben hatte: Seine Formel – gemeinsame Währung, dies aber zu den Konditionen der deutschen Stabilitätsphilosophie – wurde zur *Raison d'être* des Vertrages von Maastricht.

Rückblickend scheinen nun die damaligen Bedenken umso schwerer zu wiegen, als die von Deutschland seinerzeit geforderten und vertraglich vereinbarten Mechanismen der Haushaltsdisziplin – Stabilitätskriterien, «No Bail Out»-Klau-

7 Vgl. zu dieser Argumentation A. Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012.

sel, Unabhängigkeit der EZB – *peu à peu* unterminiert, ja gebrochen wurden. Tatsächlich besteht ja kein Zweifel: Die deutschen Konditionen der Währungsunion sind von den europäischen Partnern nicht dauerhaft akzeptiert worden. Einmal mehr zeigt sich daher, was der Euro von Beginn an war, nämlich eine politische Währung. Ausschließlich politische Gründe sprachen auch für die Aufnahme Griechenlands und Italiens in die Euro-Zone. Und neben seiner ökonomischen Funktion als Einheitswährung für den europäischen Binnenmarkt hatte der Euro stets auch die politische Funktion, die Überlegenheit der Deutschen einem gemeinsamen europäischen Regime dienstbar zu machen.

Die Deutschen tun sich schwer, diese Realitäten anzuerkennen. Denn *zum anderen* stellt der historisch neuartige Krisendruck die traditionelle deutsche Stabilitätsphilosophie nachdrücklich infrage und macht sie zunehmend sogar obsolet. Dabei sollte man allerdings nicht vergessen, dass die Deutschen beide Inflationen und Währungsreformen, die sie im letzten Jahrhundert erleben mussten, durch die Weltkriege und ihre Kriegsfinanzierung weitestgehend selbst verursacht hatten. Die historische Glaubwürdigkeit der deutschen Stabilitätsphilosophie ist daher mindestens dann zunehmend zweifelhaft, wenn die oben angesprochene tektonische Verschiebung der globalen Finanzmacht eine neue geschichtliche Situation hervorruft. Jedenfalls gelingt es der «halbhegemonialen» deutschen Politik nicht, ihr Stabilitätsdogma gegen den Willen der Europäer durchzusetzen. Im Tauziehen um eine europäische Haftungsgemeinschaft könnten sich die Deutschen sehr rasch an ihrem Ende des Seils allein gelassen sehen. Die zunehmend allergischen Reaktionen der europäischen Partner auf deutsche finanzpolitische Konzepte signalisiert dies mehr als deutlich. Das heißt dann allerdings nichts anderes, als dass Deutschland den Folgen der Währungsunion nicht entkommen kann; dass es keine Wahl hat zwischen einer europäischen oder einer nationalen Politik und schon gar nicht die Option, die Gemeinschaftswährung in irgendeiner Weise rückabzuwickeln. Die europäische Schuldenkrise ist auch eine deutsche Schuldenkrise schlicht deshalb, weil Deutschland Teil eines bereits weit integrierten Europas ist.

4. Fazit

Die gegenwärtige Krise der Euro-Zone besitzt eine unübersehbar historische Dimension. Für gesichert gehaltene Errungenschaften der europäischen Integration hat sie zumindest diskursiv auf den Prüfstand gestellt und darüber hinaus eine breite Welle der anti-europäischen Affekte hervorgerufen. Zugleich aber ist diese Krise auch nur eine historische Momentaufnahme innerhalb eines größeren, globalen Geschehens, das die Finanzmächte weltweit neu gestaltet und infolgedessen auch traditionelle monetaristische Handlungsmuster infrage stellt. Diese Einsicht dürfte vor allem für die historisch bedingte deutsche Stabilitätsphilosophie gelten. Jedenfalls befinden sich die Europäer und ihre Zentralbank

mit ihrer Politik des billigen Geldes in guter internationaler Gesellschaft. Zugleich erwachsen aus der krisenhaften Zuspitzung auch schon neue Entwicklungen, die über die gegenwärtige Situation hinausweisen. Insbesondere bewirkt die Krise der Euro-Zone einen in dieser Form nie dagewesenen kommunikativen Schub, sowohl auf der Ebene der Regierenden wie auch auf der Ebene der Massenmedien. Nie zuvor war Europa daher so häufig und so regelmäßig Thema auf den ersten Seiten der Zeitungen und in den Nachrichten der Fernsehanstalten. Für die Zukunft Europas ist das nicht die schlechteste Voraussetzung.

Andreas Wirsching

Institut für Zeitgeschichte

Leonrodstraße 46b

D-80636 München

e-mail: wirsching@ifz-muenchen.de